Nummer 598

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe. 20 Pfennig. 76. Jahrgang Dienstag, 23. Dezember 1930

Die Rivalität im Mittelmeer.

Der englische Makler im französisch-italienischen Flottenstreit.

Die Vermutung, daß der englischen Regierung sehr viel daran gelegen sei, Frankreich zu einem Anschluß an den Londoner Flottenpakt zu bewegen, weil sie dadurch einigermaßen im Falle von irgendwelchen internationalen Verwicklungen den Rücken frei bekäme und auch das eigene Flottenbudget nicht noch mit Rücksicht auf die französische Konkurrenz kostspielig erhöhen müßte, erhält jetzt eine Bestätigung durch die ausführlichen Kommentare, welche die Pariser Presse der Vermittlungsaktion des Ministerialdirektors im englischen Auswärtigen Amt, Craigie, bei der italienischen und der französischen Regierung widmet.

Craigie, der Leiter der amerikanischen Abteilung in Downing-Street ist und dem dazu die Bearbeitung der maritimen Fragen obliegt, ist soeben aus Rom in Paris eingetroffen und hatte bereits eine Besprechung mit dem französischen Generalsekretär für Völkerbundsangelegenheiten, Massigli. Bekanntlich war der Zweck der Romreise, eine Vermittlung in dem italienisch-französischen Flottenstreit um die Parität zu versuchen. Sein Auftrag dürfte sogar ziemlich dringend gewesen sein, da die französisch-italienischen Vereinbarungen, bis zum 31. Dezember 1930 keinerlei Schiffsbauten anzufangen, ja dieser Tage erlöschen, und die englische Regierung vor allem eine Verlängerung der Rüstungspause wünschen muß.

In Pariser politischen Kreisen heißt es nun, daß der italienische Staatssekretär Grandi sich verhältnismäßig entgegenkommend gezeigt habe und sogar einer französischen limitierten Ueberlegenheit zur See nicht mehr ganz so feindlich gegenüberstehen solle. Freilich sind das sehr unsichere Eindrücke, und auch Pertinax, der sie unter Vorbehalt im „Echo de Paris" wiedergibt, hält es für sehr möglich, daß Mussolini selbst im letzten Augenblick ein energisches Veto einlegt. Das einzige Moment, welches die Italiener zur Nachgiebigkeit bewegen könnte, wäre ihre finanzielle Erschöpfung.

Die Ungewißheit, ob der englische Vermittlungsversuch Erfolg haben wird, wird aber noch erhöht durch die Haltung der französischen öffentlichen Meinung. Gerade wieder das „Echo de Paris", das Organ des französischen Generalstabs, erklärt, von einer Verlängerung des Abkommens könne jedenfalls im Interesse Frankreichs keine Rede sein, da die französische Kriegsmarine unbedingt die alten Kreuzer ersetzen müsse, durch die es jetzt schon in das Hintertreffen geraten sei.

Weniger schroff zeigen sich andere Blätter wie das „Journal", das aber auch betont, die Frage werde von Briand mit größter Sorgfalt und jeder Rücksicht auf die französische Sicherheit zur See geprüft werden müssen. Wie es heißt, ist auch der französische Botschafter in London nach Paris berufen worden und hatte bereits über die Flottenfrage eine Unterredung mit Briand.

Der Optimismus des englischen Unterhändlers Craigie scheint danach zum mindesten verfrüht zu sein. Allerdings ist möglich, daß gerade jetzt durch finanzielle Kompensationen über Paris und London ein gewisser Druck auf die italienische Regierung ausgeübt werden kann.

Kelloggs Zuversicht.

In Europa bestehe keine Kriegsgefahr.

New York, 23. Dezember.

Der frühere Staatssekretär Kellogg, der mit dem Lloyddampfer „Bremen" hier eintraf, erklärte, die verantwortlichen Staatsmänner Europas beteiligten sich nicht an dem dortigen Kriegsgerede, das eine Folge der wirtschaftlichen Depression sei, und sprächen auch nicht davon, diese Probleme durch Krieg zu lösen. Niemand könne allerdings voraussagen, daß es niemals wieder Krieg geben werde, auf Grund seiner Eindrücke könne er jedoch feststellen, daß es niemals eine Zeit gegeben habe, in der europäische Staatsmänner so viele Schritte unternommen hätten, um einen Krieg zu vermeiden und friedliche Mittel zur Beilegung ihrer Kontroversen anzuwenden. In Europa bestehe keine Kriegsgefahr.

Man habe ihn über seinen Eindruck von dem Ausfall der deutschen Wahlen gefragt, und ob die Zustände in Deutschland nicht auf eine Wendung zu einem Konflikt hindeuteten. Er habe das verneint, denn wo wäre Amerika, wenn jedermann in der Welt ernst nähme, was während der amerikanischen Wahlkampagnen gesagt werde. Die hauptsächlichsten Probleme in Europa seien im Augenblick die Steuer- und Rüstungslasten sowie die Arbeitslosigkeit. Das wichtigste Mittel zur Sicherung des Friedens sei die Durchsetzung der Landabrüstung, und er sei der Meinung, daß die alliierten Mächte zur Abrüstung verpflichtet seien. Er hege starke Hoffnungen in dieser Hinsicht und glaube, daß die europäischen Völker diese Hoffnung teilen. Er sei der Meinung, daß innerhalb ein oder zwei Jahren eine Abrüstungskonferenz stattfinden werde. Auf die Frage, ob er der Ansicht sei, daß Rußland den Frieden bedrohe, erwiderte Kellogg, er schenke solchem Gerede wenig Beachtung.

— **Braun bei Hindenburg.** Der Reichspräsident empfing heute den preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Nahezu vier Millionen Arbeitslose in Deutschland!

Das neueste Krisenbild der deutschen Wirtschaft.

Am 15. Dezember: 3 977 000 Arbeitsuchende.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1930 hat sich die Bewegung am Arbeitsmarkt in der ersten Hälfte des Dezember in ähnlicher Weise fortgesetzt wie im vorigen Berichtsabschnitt; die Zunahme der Arbeitslosigkeit aus überwiegend jahreszeitlichen Gründen hat weiter angehalten, jedoch wiederum nicht dasselbe Ausmaß erreicht wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger zeigen vom 30. November bis 15. Dezember eine Zunahme um rund 158 000 auf rund 1 946 000 in der Arbeitslosenversicherung, um rund 37 000 auf rund 603 000 in der Krisenfürsorge; dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Belastung dieser beiden Unterstützungseinrichtungen nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit wiedergibt. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres belief sich der Zugang an Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung auf 233 000, womit am 15. Dezember 1929 ein Stand von rund 1 433 000 erreicht wurde.

Die Zahl der Arbeitslosen (verfügbare Arbeitsuchende nach Abzug der noch in Stellung oder in Notstandsarbeit Befindlichen) belief sich am 30. November auf rund 3,7 Millionen; bei der Zählung am 15. Dezember ergab sich ein Anwachsen um rund 278 000 auf rund 3 977 000.

Die entsprechende Zahl Mitte Dezember des Vorjahres belief sich — nach einer Zunahme um rund 326 000 — auf rund 2 362 000. Ein nicht genau erfaßbarer Teil der Ueberhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrtserwerbslosen sowie auf dem von der wirtschaftlichen Not erzwungenen Andrang zahlreicher, früher nicht als Arbeitnehmer tätiger Kräfte zum Arbeitsmarkt.

Von den einzelnen Landesarbeitsämtern heben die Bezirke Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Niedersachsen und Mitteldeutschland eine Zunahme in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger erfahren, die zum Teil erheblich über dem Reichsdurchschnitt liegt; die Bezirke Westfalen, Rheinland und Sachsen haben sich in dieser Beziehung nicht unerheblich günstiger als der Reichsdurchschnitt entwickelt.

Der Zugang aus den Saisonaußenberufen hat sich weiter fortgesetzt. Die Landwirtschaft entlaßt weiterhin in vielen Bezirken ständig Kräfte. Im Ruhrkohlengebiet konnte zum ersten Mal eine geringe Abnahme der Halbenbestände und der Feierschichten verzeichnet werden. Die Lage in den Braunkohlengebieten ist zum Teil ungünstiger. Im Baugewerbe ist die winterliche Arbeitslosigkeit wieder gestiegen. Ein stärkeres Ausmaß hat der Rückgang der Beschäftigung in den meisten Zweigen der Spinnstoffindustrie angenommen. Ausnahmen bilden wie schon bisher die Teppichindustrie, teilweise die Kammgarnindustrie sowie die Herstellung von Möbelstoffen.

Das undankbare Polen.

Pariser Klagen über „Mißtrauen".

Paris, 23. Dezember.

Der Sonderkorrespondent des „Petit Parisien", der sich in Polen befindet, sendet seinem Blatte heute einen Artikel, der sich insbesondere mit der Stellung der Franzosen in Polen beschäftigt. Der Korrespondent stellt fest, daß auch die Franzosen in Polen mit einem gewissen Mißtrauen aufgenommen und behandelt würden. Die gemeinsame geschichtliche Erinnerung mache in Polen bei Napoleon Halt. Der 11. November werde zwar in Polen als Nationalfeiertag begangen, aber in keiner Ansprache werde auf die Rolle der Heere der Entente bei den Kämpfen um die Unabhängigkeit Polens angespielt.

Auch die Franzosen, die sich in Polen wirtschaftlich und industriell betätigen, würden oft durch politische Gründe, die seit einigen Jahren gegen Frankreich geltend gemacht würden, in ihrer Tätigkeit behindert. Die Ereignisse, die die in Polen lebenden Franzosen angesichts der finanziellen und politischen Gefahren, denen sie sich aussetzten, erreichen könnten, stünden nach Ansicht der Betreffenden in keinem Verhältnis zu ihren Bemühungen und den eingesetzten Kapitalien. Die Tätigkeit dieser Franzosen in Polen werde nicht immer gebührend geschätzt; es bestehe bei ihnen der Eindruck, nicht die Unterstützung bei den Behörden zu finden, auf die sie zu rechnen berechtigt wären, oft gehe man über ihre Interessen und Rechte hinweg.

Polen sucht ausländische Ukraine-Verschwörer

Der Diener eines amerikanischen Kapitäns verhaftet.

TU Warschau, 23. Dezember.

In Lemberg wurde unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zur geheimen ukrainischen Militärorganisation der Diener eines amerikanischen Kapitäns Mac Ohin, namens Gresczczuk, verhaftet. Mac Ohin soll, wie polnische Blätter wissen wollen, ein gebürtiger Ukrainer namens Makohin sein, durch dessen Vermittlung vor einiger Zeit der amerikanische Arzt und Berichterstatter amerikanischer Blätter, Dey, nach Ostgalizien gekommen sei. Mac Ohin und Dey wurden im Zusammenhang mit der sogenannten Nazifizierungsaktion verhaftet. Bei dem Diener Gresczczuk soll angeblich Material gefunden worden sein, aus dem hervorgehe, daß sowohl er wie sein Herr der geheimen Militärorganisation angehörten.

„Revolutionsfieber" in Monaco.

Kundgebungen bei der Ankunft des Prinzen Louis.

EP Paris, 23. Dezember.

In dem kleinen Fürstentum Monaco war gestern wieder einmal die Volksseele im Kochen und machte sich durch ohrenbetäubendes Pfeifkonzert, durch Schreien und Zusammenstöße mit der Polizei Luft. Als Prinz Louis von Monaco gestern am Bahnhof ankam, veranstalteten politische Gegner laute Kundgebungen unter dem Ruf „Es lebe Frankreich, es lebe die Republik!"

Die Polizei schritt ein und es kam zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf 30 auf den Prinzen und die Behörden schimpfende Monegassen verhaftet wurden. Der Prinz fuhr eiligst in sein Schloß und ließ die Wachen verstärken. In den Straßen der Stadt herrscht „Revolutionsfieber". Angesichts dieser Vorfälle soll Prinz Louis die Absicht haben, wiederum den bestehenden Landesrat aufzulösen.

Abrüstungskonferenz in Wien?

Einladung des Bürgermeisters an den Völkerbundsrat.

EP Wien, 23. Dezember.

Die österreichische Völkerbundsliga hielt eine Sitzung ab, auf der die Frage der Abhaltung der großen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Wien zur Sprache kam. Der Präsident der österreichischen Völkerbundsliga, Botschafter a. D. Dr. Dunda, wies in seiner Rede darauf hin, daß schon in Genf der Gedanke lanciert worden sei, die Abrüstungskonferenz in Wien abzuhalten. Vom Standpunkt des Völkerbundes aus sei Wien für diese Konferenz der geeignete Tagungsort. Oesterreich habe noch mehr angerüstet als es im Friedensvertrage vorgeschrieben sei. Wien wäre danach für die Konferenz ein wahrhaft neutraler Boden. Es wurde in der Versammlung mitgeteilt, daß der Bürgermeister von Wien an den Völkerbundsrat offiziell die Einladung richten wird, Wien als Sitz der Abrüstungskonferenz zu wählen.

Bürgerlicher Wahlsieg in Budapest.

Das Ergebnis der gestrigen Kommunalwahlen.

Budapest, 23. Dezember.

Die Wahlen in den Budapester Gemeinderat endeten mit einem überlegenen Sieg der bürgerlichen Parteien, die von den zu besetzenden 150 Mandaten 112 errangen, während die Sozialdemokraten 38 Mandate erhielten. Von den bürgerlichen Parteien erhielten: Rechtsstehende christlich-kommunale Partei (Wolff) 45, Einheitliche Kommunalpartei (Ragma) 22, Christliche Opposition (Friedrich) 10, die neugegründete Frontkämpferpartei 5 Mandate. Von den linksstehenden Parteien erhielten die Demokraten 16 und die diesmal ebenfalls zuerst in den Wahlkampf gezogene Liberale Partei (Rassay) 14 Mandate. Eine Kursänderung in der Rathauspolitik wird damit nicht erfolgen.

Dr. Ziehm als Senatspräsident der Freien Stadt Danzig vorgeschlagen.

TU Danzig, 23. Dezember.

Die an der Regierungsbildung beteiligten Parteien (Zentrum, Deutschnationale und Block der Mitte) haben sich am Montag mit der Neubesetzung des Postens des Danziger Senatspräsidenten beschäftigt. Es wurde einstimmig beschlossen, den Präsidenten des Danziger Oberverwaltungsgerichts und Führer der Deutschnationalen, Dr. Ernst Ziehm, zum Präsidenten des Senates vorzuschlagen. Dr. Ziehm erklärte sich bereit, das Amt anzunehmen unter der Bedingung, daß die Finanzen des Freistaates so schnell wie möglich geordnet werden und die Koalitionsregierung von den Nationalsozialisten gestützt werde. Die endgültige Wahl Dr. Ziehms sowie der übrigen Regierungsmitglieder durch den Volkstag wird voraussichtlich Mitte Januar erfolgen.

Dr. Ziehm, der zu den hervorragendsten Führergestalten des Danziger Deutschtums gehört, steht im 64. Lebensjahre und war in den Jahren 1920 bis 1925 deutschnationaler Vizepräsident des Danziger Senates.

— **Pilsudski in Madeira.** Polens „Diktator", Marschall Pilsudski ist nach einer Warschauer Meldung am Montag in Madeira eingetroffen.

Schlechte Verteidiger des Polizeipräsidenten.

In Nr. 590 der Berliner Börsen-Zeitung hatten wir über eine Rede berichtet, die der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Herr Grzesinski, auf einem Sozialistenabend gehalten hat mit der Tendenz: Sozialdemokratisierung der Schupo, damit auf diesem Wege aus dem jetzigen Staat der sozialistische Zukunftsstaat gemacht werden könne. Unser Bericht veranlaßte den Herrn Polizeipräsidenten zu einem an uns gerichteten Brief, in dem er bat, einige „Bemerkungen" machen zu dürfen. Ein Dementi oder eine Berichtigung ist nicht erfolgt. Der Polizeipräsident beschränkte sich darauf, zwei Sätze abzuleugnen, während er den Sinn seiner Ausführungen sowie ausschlaggebendere Sätze des Berichtes nicht bestreiten konnte. Der „Vorwärts" das Organ der Berliner Sozialdemokratie, hat sich bisher um eine Stellungnahme zu der Angelegenheit gedrückt. Nachdem aber auf unseren Bericht hin zwei große Landtagsfraktionen die preußische Regierung interpelliert haben und nachdem gestern sogar die „Germania", das Organ des der preußischen Koalition angehörenden Zentrums, deutlich, wenn auch sanft, von Herrn Grzesinski abgerückt ist, muß der „Vorwärts" endlich seine Verlegenheit über die peinliche Affäre ablegen. Er greift zur Keule und schreibt unter der Ueberschrift „Entrüstung über Grzesinski" folgendes:

„Spitzel in der Sozialdemokratischen Partei zu unterhalten, war bisher eine Spezialität der Kommunisten. Neuerdings haben aber auch die Rechtsradikalen einen Ehrenmann gemietet, der unter Benutzung einer erschlichenen Legitimation geschlossene Veranstaltungen besucht, in denen Sozialdemokraten reden, und der dann von dort Berichte liefert, wie die Rechtspresse sie brauchen kann. Daß es ihm dabei gar nicht darauf ankommt, die Wahrheit zu sagen, sondern daß er die Ware liefert, wie sie bestellt ist, versteht sich von selbst.

Auf diese Weise gelangte die „Berl. Börsen-Zeitung" in den Besitz eines „Berichts" über eine Rede, die der Berliner Polizeipräsident, Genosse Grzesinski, neulich auf einem „Sozialistischen Abend" in Tempelhof gehalten soll. Dieser Bericht war so dumm zusammengefälscht, daß es für politisch Unterrichtete kaum nötig schien, ihn zu dementieren. Grzesinski hat sich nichtsdestoweniger dieser Mühe unterzogen und den Bericht für falsch erklärt.

In einem Lande, in dem die politischen Sitten weniger verwildert sind, hätte damit die ganze Affäre ihr Ende gefunden. Hierzulande wird natürlich weitergetobt. Ja, die Deutsche Volkspartei Preußens hat sogar im Landtag eine Interpellation über die Tempelhofer Rede eingebracht und damit abermals bewiesen, daß sie sich unter ihrer gegenwärtigen Führung keine Gelegenheit zu einer Blamage entgehen läßt.

Das alles ist, wie gesagt, nicht mehr als landesüblich. Was soll man aber dazu sagen, daß das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania", in dieselbe Kerbe haut und den Tempelhofer Spitzelbericht gleichfalls zu einer Attacke gegen den Berliner Polizeipräsidenten benützt? Muß man der „Germania" sagen, daß es illoyal ist, sich auf einen Bericht zu berufen, den der Redner selbst für falsch erklärt? Oder ist die „Germania" der Meinung, was Deutschland in dieser Zeit am meisten brauche, sei ein Konflikt zwischen Zentrum und Sozialdemokratie und darum sei, ihn herbeizuführen, auch die schlechteste Gelegenheit recht.

Die „Germania" glaubt, dem Berliner Polizeipräsidenten Vorhaltungen machen zu dürfen. Sie hätte viel mehr Grund, vor der eigenen Tür zu kehren und ihre eigenen Methoden einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen."

Keulenschlag über Keulenschlag. Nun denken der „Vorwärts" und sein Auftraggeber sicher, wir lägen am Boden und streckten alle Viere von uns. Weit gefehlt. Wir haben uns sogar schon wieder erholt — von den Lachanfällen. Es ist nämlich wirklich amüsant, zu sehen, wie der „Vorwärts" lügt, um seine Genossen aus der Affäre zu ziehen. Der „Vorwärts" stellt also die Tempelhofer Sozialistenversammlung so dar, als ob wir in eine geschlossene Versammlung einen Spitzel, nach kommunistischem Beispiel, mit falscher Legitimation geschickt hätten. Dies sagt der „Vorwärts" wider besseres Wissen. Wir haben es nicht nötig und lehnen es ab, uns Spitzel zu halten. Der Sozialistenabend, auf dem Herr Grzesinski sprach, war keine geschlossene Gesellschaft, sondern eine öffentliche, im „Vorwärts" angekündigte Versammlung, zu der Jedermann gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes von beliebiger Höhe Zutritt hatte. Niemand hat eine Legitimation vorzeigen müssen. Es war keine Kontrolle vorhanden. Sogar Kinder waren mitgenommen, denn der zweite Teil des Programms war noch zugkräftiger als die Rede Grzesinskis: gesellige Beisammensein. Der „Vorwärts" lügt also das Blaue vom Himmel herunter, wenn er im Zusammenhang mit unserer auf sehr normalem Wege zustandegekommenen Berichterstattung über eine öffentliche Versammlung von Spitzeln, erschlichenen Legitimationen und geschlossenen Veranstaltungen spricht.

Im zweiten Absatz bezeichnet der „Vorwärts" unseren Bericht über die peinliche Rede Grzesinskis als „dumm zusammengefälscht". Grzesinski hätte den Bericht „für falsch erklärt". Auch das ist gelogen. Nicht nur die „Germania", sondern auch die ganze deutsche Presse, die sich mit unserer Veröffentlichung und dem Brief, den der Polizeipräsident an die Redaktion der „Berliner Börsen-Zeitung" gerichtet hat, in weitem Umfang beschäftigen, sind mit uns der Auffassung, daß Herr Grzesinski ein paar Worte — die unser Berichterstatter mitstenographiert hat — dementiert, die